

12.02.2026

Pressemitteilung

Einwanderungsland Deutschland: der Anfang vom Ende?

Bundesinnenministerium schränkt Zugang zu Integrationskursen drastisch ein

Bonn. Deutschkenntnisse sind entscheidend dafür, dass zugewanderte Menschen in Deutschland selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das sehen nicht nur Arbeitsmarktexpert*innen so, sondern auch viele Zugewanderte selbst, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Ukrainer*innen, die vor Russlands Angriffskrieg geflüchtet und häufig gut ausgebildet sind, Asylsuchende im Verfahren oder Geduldete: Mit ausreichenden Deutschkenntnissen hätten zahlreiche Menschen beste Aussichten, offene Stellen in deutschen Unternehmen, in der Gesundheitsversorgung oder in sozialen Einrichtungen zu besetzen. Bisher konnten sie in den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierten Kursen Deutsch lernen – aus freien Stücken, denn eine Verpflichtung dazu besteht für diese Gruppen nicht. Das ist nun vorbei: Anträge Freiwilliger auf Teilnahme an den Kursen werden nicht mehr bewilligt. Als Begründung werden Sparzwänge angeführt.

Aus Sicht des Deutschen Volkshochschul-Verbands ist der Ausschluss geschätzter 130.000 Menschen vom Integrationskurs kurzfristig und kontraproduktiv: „Menschen, die sich in die Gesellschaft integrieren und arbeiten wollen, wird signalisiert, dass dies unerwünscht sei“, kommentiert DVV-Verbandsdirektorin Julia von Westerholt. „Das widerspricht der bisherigen Strategie, Zugewanderte zügig in Existenz sichernde Arbeit zu bringen, und entbehrt angesichts des prognostizierten Mangels an über sieben Millionen Fachkräften bis 2035 jeder wirtschaftlichen Vernunft.“

Abbau der Sprachförderung auch zu Lasten der Kommunen

Darüber hinaus droht nun erneut Schaden im Gesamtprogramm Sprache des Bundes. Auf der Grundlage der Integrationskursstatistik (1. Halbjahr 2025) geht der DVV davon aus, dass die freiwillig Teilnehmenden einen Anteil von rund 55% aller Integrationskursteilnehmer*innen ausmachen. Diese Freiwilligen bleiben nun weg. Allein mit Verpflichteten ist jedoch in vielen Regionen die vom zuständigen Bundesamt vorgeschriebene Mindestteilnehmerzahl für einen Kursstart nicht erreichbar. Folglich ist überall in Deutschland mit langen Wartezeiten für die zur Teilnahme verpflichteten Zugewanderten und Kursausfällen zu rechnen. Die am Gesamtprogramm Sprache beteiligten Bildungseinrichtungen können wertvollen Lehrkräften keine Perspektive mehr bieten. Bereits angemietete Räume stehen leer, müssen aber bezahlt werden. So werden die Volkshochschulen, die fast 45 Prozent der Integrationskurse bestreiten, finanziell geschädigt – und damit auch die ohnehin stark belasteten Kommunen. Real geholfen ist den Städten und Gemeinden, wenn Zugewanderte schnell in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gelangen. Ohne solide Deutschkenntnisse ist das kaum zu schaffen.

Das Ministerium schwieg

Seit mehr als zwanzig Jahren sind die Volkshochschulen ein verlässlicher Partner der Bundesregierung bei der Integration Zugewanderter. Das haben sie gerade in Krisensituationen bewiesen. Zum Beispiel nach Russlands Großangriff auf die Ukraine: Innerhalb kürzester Zeit wurden die Integrationskurse massiv ausgebaut. Dadurch konnten Geflüchtete aus der Ukraine schnell Deutsch lernen, eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien sorgen.

Dass Zugewanderten die freiwillige Teilnahme an Integrationskursen versagt würde, zeichnete sich seit Ende 2025 ab. Auf eine Erklärung warteten die Träger jedoch lange vergeblich. Erst in dieser Woche und unter medialem Druck wurden sie offiziell über die Maßnahme des BMI informiert. Um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen, müssen Kapazitäten in den Bildungseinrichtungen nun rapide abgebaut werden. In der nächsten Krise werden sie fehlen.

Weitere Informationen

Zur Themenseite des DVV: <https://www.volkshochschule.de/integration>

Kontakt

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.

Sabrina Basler, Referentin Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 0049 228 97569 26, basler@dvv-vhs.de